

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

Mai/Juni 1948

Nr. 32/33

Preis S 2.-

DER II. WELTKONGRESS DER IV. INTERNATIONALE

Der II. Weltkongreß der IV. Internationale hat soeben seine Tagung in Paris beendet. Seine Arbeiten dehnten sich über drei Wochen, beginnend von Anfang April, aus. Am Kongreß, welcher die repräsentativste internationale Versammlung, die bisher von der trotzkistischen Weltbewegung organisiert worden war, war, nahmen ungefähr 50 Delegierte, welche 22 Organisationen der IV. Internationale aus 19 verschiedenen Ländern repräsentierten, teil.

Unter den Delegierten waren Vertreter von den meisten europäischen Ländern, einschließlich der Länder unter USA- und sowjetischer Besatzung, aus Nordamerika, Lateinamerika, Afrika, dem Mittleren und dem Fernen Osten. Eine beträchtliche Anzahl von Vertretern kam auch aus kolonialen und halbkolonialen Ländern.

Verschiedene politische Führer der Weltbewegung der IV. Internationale nahmen am Kongreß teil, einschließlich der Genossen J. Haston, Sekretär der RCP von Großbritannien, Colvin di Silva, Führer der trotzkistischen parlamentarischen Gruppe im Parlament von Ceylon, S. Santen, Sekretär der RCP von Holland, Pierre Frank, Fabre-Bleibtreu, J. Privas vom Politischen Büro der PCI Frankreichs, usw.

Während drei Wochen harter Arbeit nahm der Weltkongreß wichtige politische Resolutionen an. Die wichtigsten darunter sind: Resolution über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der IV. Internationale; Thesen über die USSR und den Stalinismus; Bericht über die Tätigkeit der IV. Internationale seit dem Ausbruch des 2. imperialistischen Weltkrieges; Resolution über die Lage in den Kolonialländern und die Aufgaben der IV. Internatio-

INHALT DIESER NUMMER:

Der II. Weltkongreß der IV. Internationale

Auszug aus dem Manifest des Weltkongresses

Der Krieg in Palästina

Entweder Koalitions-politik oder Klassen-kampf

Streiflichter

nale; Statuten; politische Resolution über Deutschland und Italien. Die interne Lage bestimmter Sektionen der Internationale und anderer Organisationen, welche die Zugehörigkeit zur Internationale beanspruchen, und die Verbindungen zu diesen wurde sorgfältig studiert und in jedem Fall Resolutionen angenommen. Weiters nahm der Kongreß ein langes programmatisches Manifest an, das an die Ausgebeuteten der ganzen Welt gerichtet ist und die wichtigsten Ideen, die auf dem Kongreß ausgearbeitet wurden, beinhaltet.

Erinnernd an die Jahrhundertfeier des wissenschaftlichen Sozialismus bestätigt das Manifest im Lichte der gegenwärtigen Ereignisse die Analyse des Kapitalismus, welche von Marx und Engels vor einem Jahrhundert gemacht wurde. Indem es diese Analyse beim Studium des Kapitalismus anwendet, zeigt das Manifest auf, daß der Monopolkapitalismus trotz der immer totalitäreren Form seines Staates und seiner Ökonomie unfähig ist, das Chaos und die Krisen, die aus seinem Regime entstehen, zu überwinden. Es definiert die Natur und die Rolle der USSR inmitten des verfallenden Kapitalismus, betont die Fortschritte des USA-Imperialismus zur Weltherrschaft und überprüft die Probleme der kommunistischen Revolution für Europa, die Kolonien, Lateinamerika und die Vereinigten Staaten.

Indem es die Arbeiter aller Länder vor den barbarischen Folgen eines weltumspannenden Krieges, welcher in Vorbereitung ist, warnt, grenzt das Manifest klar das kommunistische Programm der proletarischen Emanzipation, welches nur von den Arbeitern selbst verwirklicht werden kann, von der stalinistischen Praxis des Anlegens eines bürokratischen Korsetts an die Arbeiterbewegung ab. Es enthält ein Programm von Übergangsforderungen, welches das Proletariat befähigt, die Offensive der Weltbourgeoisie gegen seinen Lebensstandard und seine Freiheit abzuschlagen und hebt den Kampf auf eine höhere Ebene für die sozialistische Reorganisation der Gesellschaft.

Ein neues internationales Exekutivkomitee, das sich aus 19 Mitgliedern zusammensetzt, wurde gewählt. Das neue IEC, welches sofort seine erste Sitzung abhielt, wählte ein neues internationales Sekretariat.

Der Kongreß sandte Grüße und drückte seine vollständige Solidarität der Genossin Natalie Trotzki, den eingekerkerten trotzkistischen Kämpfern in Griechenland, China, Indochina, Indien, Bolivien und anderen Ländern, den trotzkistischen Kämpfern in der USSR, Tschechoslowakei, Bulgarien, Deutschland und Österreich und den Arbeitern und kolonialen Völkern der ganzen Welt, welche sich im Kampf für ihre soziale und nationale Befreiung befinden, aus.

April 1948

Auszug aus dem Manifest des Weltkongresses:

AN DIE AUSGEBEUTETEN DER GANZEN WELT

Nach den großen französischen Streiks von 1947 haben die italienischen Wahlen von 1948 endgültig bewiesen, daß sich heute die proletarische Einheitsfront um eine der beiden traditionellen Führungen der Arbeiterklasse nicht mehr bilden kann. Die jähen Wendungen und die zynischen Manöver des Stalinismus haben zu Abspaltungen von der Stalinpartei geführt, die von der Avantgarde der Arbeiterklasse nicht mehr übersehen werden dürfen. Ihr Auftreten als Streikbrecher und gelber Organisatoren macht es den reformistischen Führern

künftighin unmöglich, noch einmal Einfluß auf die Massen der kampfwilligen kommunistischen Arbeiter zu gewinnen.

Die beiden Arbeiterbürokratien haben bewirkt, daß sich durch das Proletariat eine Demarkationslinie der beiden internationalen Mächtegruppierungen zieht. Indem die reformistischen Führer absichtlich die Massen der kommunistischen Arbeiter übergehen, behandeln sie diejenigen, die den stalinistischen Parteien folgen, als Agenten einer "totalitären Diktatur". Die stalinistischen Führer wieder werfen im allgemeinen die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Faschisten im Lager der "amerikanischen Partei" in einen Topf.

Eine Offensive der Arbeiter ist ohne einheitliche Aktion unmöglich. Genau so ist es unmöglich, sich ohne Errichtung einer proletarischen Einheitsfront, sich gegen die Attacken der Bourgeoisie, die sie gegen die Kaufkraft und die Freiheiten der Arbeiter führt, siegreich zu verteidigen. Vor einem Jahrhundert proklamierte das Kommunistische Manifest, daß die Kommunisten keine gesonderten Interessen von denjenigen ihrer Klasse haben. Heute stellt die IV. Internationale, die Partei der sozialistischen Weltrevolution, die einzige Kraft dar, welche die Arbeiter aufruft, in der Aktion die Einheit ihrer Klassenfront wieder herzustellen.

In erster Linie werden heute die Gewerkschaften von jenen heimgesucht, die ihre klassenfremden Interessen als die des Proletariats ausgeben. "Stellt der Einheit der Unternehmer die Einheit der Gewerkschaften gegenüber", das bleibt der Ausgangspunkt der Gewerkschaftstaktik der IV. Internationale. Die Gewerkschaften zu spalten, bedeutet immer, die Manöver und die Provokationen der Unternehmer zu erleichtern. Aber der konsequente Kampf gegen die Spaltung der Gewerkschaften genügt keineswegs. Sie ist tatsächlich in den meisten Fällen nichts anderes als eine besondere Seite einer viel tieferen und noch gefährlicheren Erscheinung: der Desertion aus den Gewerkschaften. Andererseits hat die gewerkschaftliche Einheit keinen anderen Sinn für das Proletariat, als in demselben Maße der einheitlichen Aktion näher zu kommen. Die Gewerkschaftsbürokratie wünscht eine immer totalere Kontrolle über die Arbeiterbewegung zu errichten und das Eindringen des Gewerkschaftsapparates in den kapitalistischen Staatsapparat zu beschleunigen. Endlich versucht dieselbe Bürokratie, deren Verratspolitik Demoralisation sät und so die gewerkschaftliche Desertion fördert, die Demokratie im Innern der Gewerkschaften vollständig zu liquidieren, womit sie praktisch den kampfwilligsten Arbeitern die Möglichkeit nimmt, die Massen der Mitglieder mit ihren Ideen bekannt zu machen. Deshalb verbinden die Sektionen der IV. Internationale den Kampf für die gewerkschaftliche Einheit, der auf einem Forderungsprogramm basiert, welches den Rahmen der gewerkschaftlichen Aktion gegenüber den breiten nicht organisierten Massen zu erweitern ermöglicht, mit dem Kampf zur Behauptung der striktesten Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber dem Staat und für die Verteidigung der Gewerkschaftsdemokratie.

Andererseits zeigt sich jetzt schon überall in der kapitalistischen Welt die Tendenz zur Einschränkung und Unterdrückung der Arbeiterfreiheiten. Mac Arthur unterdrückt den Generalstreik in Japan, Schuman und Moch schaffen Ausnahmegesetze in Frankreich und das Taft-Hartley Gesetz legt den amerikanischen Gewerkschaften die Handschellen der Klassenjustiz an. Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft wird überall unvereinbarer mit der Aufrechterhaltung selbst der elementarsten demokratischen Rechte und Freiheiten.

In dieser Lage appelliert die IV. Internationale an die Arbeiter, eine breite einheitliche Aktion für alle demokratischen Forderungen, welche einem tatsächlichen Bedürfnis der gesamten arbeitenden Bevölkerung entsprechen, zu verwirklichen. Dieser Forderung

die vollständigste Form zu geben und für sie den konsequentesten Kampf zu führen, bedeutet heute, die Massen für die sozialistische Revolution zu mobilisieren. Besonders in Deutschland und in den anderen besetzten Ländern bedeutet der Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen; für die Wiederherstellung der Einheit des Landes; für die Aufhebung aller Annexionen und Reparationen; der Kampf gegen die Zensur und Militärdiktatur; der Kampf für wirkliche freie Wahlen; für die Einberufung einer konstituierenden Versammlung; für die Aberufbarkeit der Gewählten auf Wunsch der Wähler; der Kampf für die unentgeltliche Benutzung von Lokalen, Druckereien, Radio usw. durch alle Arbeiterorganisationen - diese Kämpfe sind Richtungspfeile auf dem Weg zur proletarischen Revolution, wenn sie im Geiste des proletarischen Internationalismus geführt und immer verbunden werden mit dem Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Da weiters die Erinnerung an die faschistische Diktatur in dem Großteil der europäischen Länder den Arbeitern noch frisch im Gedächtnis ist, verfolgen diese mit wachsender Unruhe die Zeichen einer wiedererstehenden faschistischen (Italien) und halbfaschistischen (Frankreich) Aktivität. Die IV. Internationale erinnert die Arbeiter immer wieder an die schmerzlichen Erfahrungen der Niederlagen der deutschen, österreichischen und spanischen Arbeiter durch den Faschismus. Sie propagiert ausdauernd die Errichtung einer Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen, um de Gaulle, Mosley, Almirante und allen anderen Henckerkandidaten des Großkapitals den Weg zu verrammeln. In den Einheitsfrontkomitees der Basis muß eine kluge und ausdauernde Propaganda für die Tagesfragen verbunden werden mit der Propaganda für die Errichtung einer Einheitsfront unter den Arbeiterorganisationen. Die Errichtung einer Arbeitermiliz, die sich auf die Betriebe, die Gewerkschaften und die Komitees in den Wohnvierteln stützt, muß gegenübergestellt werden dem Legalitätskretinismus der verräterischen Führer, welche aus Servilität die Irrtümer ihrer Vorgänger wiederholen, indem sie den kapitalistischen Staat zur Entwaffnung der faschistischen Banden aufrufen.

Es ist vor allem notwendig, aufmerksam die Formen und den Inhalt des antifaschistischen Kampfes, den die Massen initiativ führen, zu verfolgen. Diese Kämpfe nehmen besonders in Italien heftige Formen an.

(Übersetzt aus "La Vérité" Nr. 218)

=====

SCHRIFTENREIHE DER IKÖ:

- Heft 1 - "Nur die siegreichen sozialistischen Revolutionen können den dritten Weltkrieg verhindern" - Manifest der IV. Internationale, April 1946
 - Heft 2 - "Die Todesagonie des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale" - Übergangsprogramm vom Sept. 1938
 - Heft 3 - "Der Marxismus und unsere Epoche", von Leo Trotzki (1939)
 - Heft 4/7 Die wichtigsten Beschlüsse (Thesen, Resolutionen, Richtlinien, Leitsätze) der ersten vier Komintern-Kongresse. Der erste Teil ist bereits erschienen, drei weitere Teile sind in Vorbereitung.
- =====

Zur schleichenden Krise in der SPÖ:

ENTWEDER KOALITIONSPOLITIK ODER KLASSENKAMPF!

In der "A.Z." vom 21.5. veröffentlichten 54 Funktionäre der SP eine Erklärung. Darin heißt es, daß die illegale sozialistische Bewegung immer für ihre geistige Unabhängigkeit und organisatorische Selbständigkeit gekämpft habe und daß die derzeit von der Scharf-Fraktion vertretene Politik einen Bruch dieser Grundsätze darstelle. Gemeint ist hier die Unabhängigkeit vom Stalinismus. - Bevor wir auf die Lage in der SPÖ eingehen, wollen wir uns zwei internationale Beispiele ansehen.

Die internationale Erfahrung

Im Sommer 1947 verließ die SJ mit einer trotzkistischen Tendenz die französische SP. Ihr folgten später zwei weitere Abspaltungen, eine mit zentristischer und die zweite mit stalinistischer Tendenz. Die Basis der SFIO schrumpfte durch die starke "Abnützung" der Partei, die seit 1944 an der Regierung beteiligt ist, ja lange Zeit die Führung in ihr hatte, stark zusammen - während ihre Spitzen vollkommen im Herrschaftsapparat der Bourgeoisie aufgingen.

Noch lehrreicher ist das Beispiel aus Italien. Die PSI (SP) spaltete sich im Jänner 1947 wegen Differenzen in der Frage der Zusammenarbeit mit der Stalinpartei. Die Mehrheit (Nenni, Basso) schloß mit der Stalinpartei einen "Volkeblock" (Koalition mit gewissen Teilen der Bourgeoisie) und die Minderheit gründete eine neue Partei (PSLI). Diese war von vornherein ein Monstrum, das aus drei durch schwere Differenzen getrennten Teilen bestand: aus dem rechten Flügel ("Critica Sociale", Saragat); aus einem Zentrum ("Iniziativa Socialista", Matteotti), das später in der Frage der Regierungsbeteiligung und des Marshall-Planes eine scharfe Wendung nach rechts machte und dadurch einen linken Flügel von sich stieß, der sich um die FGS (SJ) gruppierte.

Der rechte Flügel der PSLI bekämpfte mit Hilfe des Zentrums jede Streikaktion der Arbeiter als "Machinationen der Kominform" und als "Sabotage an der nationalen Wirtschaft". Schließlich trat Saragat gegen den Beschluß der Partei in die Regierung ein, womit er den Bruch mit den Linken provozierte. Diese opponierten heftig gegen die Koalitionspolitik. Im Herbst 1947 wurde ihr Kern, die FGS, offiziell aufgelöst, weil sie energisch gegen die streikbrecherische Haltung der Parteiführung protestierte. Um die Jahreswende schuf sich der neu formierte linke Flügel in der "Riscossa Proletaria" ein eigenes Organ, mit dem er sich auf den Parteitag vom Feber 1948 vorbereitete. Die Abstimmung über die politische Resolution ergab dort ein Verhältnis von 163.000 zu 27.000 Stimmen für den vereinigten rechten Flügel. Damit war der Bruch perfekt.

Maitan bewies, daß er der Sprecher einer ernstesten Linken ist, als er erklärte: "Wir verlassen die Saragat-Partei, weil sie für die Zukunft unabänderlich außerhalb der sozialistischen Bewegung steht, sich immer mehr von der Arbeiterklasse entfernt und zu einer linken Deckung für die Bourgeoisie wird" ("Repubblica", Rom, 8.2.48.). Gleichzeitig erklärten die Linken, daß sie durchaus nicht daran dächten zu resignieren oder wieder in die PSI (Nenni) einzutreten, deren lähmender Bürokratismus ihnen wohlbekannt sei.

Diese Abspaltung war also ein Resultat des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen der reformistischen Zusammenarbeit mit der Bour-

geoisie und der stalinistischen Spekulation darauf einerseits - und einer aufrechten proletarischen Tendenz, die sich die Verteidigung der Arbeiterinteressen zur obersten Aufgabe machte, andererseits.

Die Plattform der italienischen Linken

In der Nr. 3 der "Riscossa Proletaria" wurde folgende Plattform zur Vorbereitung des Feber-Kongresses der PSLI veröffentlicht:

1. Rückkehr der Partei zu ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich zum Klassenkampf, um die Arbeiter davon zu überzeugen, daß die PSLI kein Werkzeug für die Festigung des kapitalistischen Regimes sein wird, sondern das für die Arbeiter unerläßliche politische Werkzeug zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen.
2. Erklärung einer klargezeichneten Politik, um dem Proletariat die Wahl zu geben zwischen einer revolutionären sozialistischen Initiative und einer stalinistisch diktierten Politik, die absolut unfähig ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, weil sie ein Ausdruck des diplomatisch-militärischen Apparates der russischen Bürokratie im Weltmaßstab ist.
3. Die wesentlichste Aufgabe der wirklichen sozialistischen Partei muß bestehen in einer unnachgiebigen Verteidigung des Proletariats gegen die Offensive der kapitalistischen Bourgeoisie und ihrer Agenten, besonders der Christlichen Demokraten, und gegen den Opportunismus des stalinistischen Apparates.
4. Die Minister in der christlich-demokratischen Regierung, die Parteimitglieder der PSLI sind, müssen die Regierung verlassen.
5. Auflegen von Listen der sozialistischen Einheit bei den Wahlen und, wo das unmöglich erscheint, von autonomen PSLI-Listen.
6. Aktivität zur Erreichung der Einigkeit des Weltproletariats, der unerläßlichen Vorbedingung für einen sozialistischen Aufbau. Daher: Widerstand sowohl gegenüber der stalinistischen Position, welche die Interessen des Proletariats den Interessen des russischen Staates anpassen will, als auch gegenüber der labouristischen Position, welche offenkundig bemüht ist, die Aktivität des internationalen Sozialismus mit den diplomatischen Plänen der britischen Regierung zu verknüpfen.
7. Solidarität mit den Bewegungen der Proletarier, Bauern und arbeitenden Massen aller Kategorien, die aus stets wachsendem Elend und steigender kapitalistischer Unterdrückung resultieren. Die Partei muß im Kampf dieser Arbeiter wieder die Führung übernehmen, um sie zum Klassenkampf zurückzuführen und um deren taktische Nutzung durch die stalinistische Partei auszuschalten.
8. Kampf für die Anerkennung der Betriebskomitees (management councils) und Verurteilung aller Versuche, die Gewerkschaftseinheit zu spalten. Aufzeigen aller Versuche von Pseudo-Reformisten und Stalinisten, die Gewerkschaften an den Staatsapparat zu binden.

Das ist die Plattform einer proletarischen Linken. Das konsequente Eintreten für diese Forderungen konnte nur zur Trennung von der opportunistischen Bürokratie führen. Daß diese Trennung keine Schwächung der Arbeiterklasse war, beweist das Wahlbündnis vom April 1948, womit die 5. Forderung der Linken erfüllt wurde. Die Forderungen nach einer Einheitsfront mit den kämpfenden Massen im In- und Ausland sind weitere Beweise dafür. Die italienischen Linken er-

kannten die einzige Alternative: Entweder proletarischer Klassenkampf, d.h. Bruch mit der Koalitionspolitik, oder Kapitulation vor der Bourgeoisie!

Diese Entwicklung bahnt sich auch in der SPÖ an!

In Österreich wäre der Verfall der SP ebenfalls schon weiter fortgeschritten, wenn hier nicht besondere Verhältnisse herrschten. Diese Besonderheit der Lage wird durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Erstens durch das Besatzungsregime, das den freien Ablauf der Klassenkämpfe hemmt und deformiert; zweitens lernt das österreichische Proletariat den Stalinismus im Anschauungsunterricht täglich neu kennen, was die SP-Bürokratie geschickt ausnützt. Diese letztere Tatsache und das Fehlen legaler Arbeitsmöglichkeiten für uns internationale Kommunisten lüften das Geheimnis, weshalb die SPÖ so stark ist und so einheitlich zu sein scheint. Wir sagen scheint, denn in Wirklichkeit ist sie es nicht: Fast genau dieselben Fragen, die in Frankreich und Italien schon zu Spaltungen führten, machen ihre internen Differenzen aus.

Schon auf dem Oktober-Parteitag 1947 zeigten sich die Umrisse verschiedener Tendenzen. Bei den Rechten (Schärf, Helmer & Co.) und beim Zentrum (Deutsch, Czernetz & Co.) brauchen wir nicht zu verweilen. Der "linke" Flügel war dreigeteilt: in die SJ-, die Studenten- und die von Scharf und Krones geführte Opposition. Bei allen drei Gruppierungen handelte es sich um taktische Differenzen mit der Parteiführung, in deren Mittelpunkt die gegenwärtige Koalition mit der ÖVP stand. Sie unterschieden sich nicht grundlegend voneinander und doch traten sie nicht geschlossen auf. Die Ursache dessen war nicht bloße organisatorische Unzulänglichkeit. Es lagen vielmehr politische Gegensätze zwischen ihnen vor, die infolge des Besatzungsregimes nicht offen zum Ausdruck kommen konnten: Während die Scharf-Krones-Opposition (später Gruppe "Kämpfer") starke pro-stalinistische und bürokratische Züge zeigte, hatten die beiden anderen Gruppierungen eine ehrlich-proletarische Tendenz. Bei keiner dieser drei Gruppierungen konnte man also von einer revolutionären Opposition sprechen, denn keine verurteilte die Koalitionspolitik und die Beteiligung an der gegenwärtigen Regierung grundsätzlich.

Sozialistische Jugend und Sozialistische Studenten

In der Opposition der Jugend und der Studenten drückte sich der gesunde, im unausgegorenen Zustand ausgedrückte Widerspruch der jungen Arbeitergeneration gegen die offizielle Politik der Partei aus. Ihr Auftreten auf dem Parteitag war vielversprechend.

Wider Erwarten haben sich die Studenten seither schneller als die SJ nach vorwärts entwickelt, was vor allem ihr mutiges Auftreten während des Schuharbeiterstreiks bewies. Hier machten einige ihrer führenden Elemente ernste Anstrengungen, mit dem kämpfenden, suchenden Proletariat in engen Kontakt zu kommen und ihm nach Kräften beizustehen. Das ist der einzig richtige Weg, den jede ernste proletarische Opposition gehen muß! Die Repressalien, welche die reaktionäre Parteiführung gegen die Studenten anwandte (Einschränkung ihres Organs im Umfang, Zensur der Artikel, Verbot des öffentlichen Verkaufs) sind ein gutes Zeugnis für die Studenten.

Die verantwortliche Leitung der SJ hat sich für die streikenden Arbeiter nicht offen eingesetzt. Da ihr die Studenten dabei vorangegangen sind, ist diese Haltung umso bedenklicher. Indessen darf nie vergessen werden, daß die Interessen des Proletariats ungleich höher stehen als jene irgendeiner Organisation.

Die Frage des Bundesheeres, eine sehr aktuelle Frage von weitreichender Bedeutung, stellt die SJ-Führung vor eine neue Probe. Eine falsche Position oder ein Auskneifen würde der Organisation den Weg nach vorne versperren. Es ist hoch an der Zeit, daß der Verbandsvorstand der SJ hier endlich und entschieden Stellung nimmt!

Wenn die SJ-Führung ihre eigenen Forderungen (Jugendschutzgesetz, Gleichstellung der Land- und Stadtjugend, öffentliche Lehrwerkstätten, gleicher Lohn für gleiche Leistung für die männliche und weibliche Jugend usw.) ernst nimmt, dann muß sie den außerparlamentarischen Kampf für sie aufnehmen. Angesichts des zähen Widerstandes der Bourgeoisie muß auch die Forderung dieses Kampfes gegen die ÖVP in die Tat umgesetzt werden. Ein solches Auftreten würde der SJ die aktive Sympathie der jungen Arbeitergeneration einbringen. Diese wiegt viel schwerer als das Wohlwollen der rettungslos opportunistischen Parteiführung!

Die Gruppe "Kämpfer" vor der Entscheidung

Um Scharf, der als ehemaliger jugoslawischer Partisan nach Kriegsende politischer Zentralsekretär der SPÖ wurde, gruppierte sich jener Teil der Parteibürokratie, der sich für alle Fälle bei der Stalinbürokratie rückversichern wollte. Noch vor kurzem war es nicht ganz sicher, ob Österreich nicht doch eine "Volksdemokratie" wird! Nachdem sich die Zusammenarbeit der Scharf-Fraktion mit den Studenten (im "Strom") zerschlagen hatte, schuf sie sich ab Mitte April mit dem "Kämpfer" ein eigenes Sprachrohr.

Als Hauptlosung vertrat der "Kämpfer": "Eroberung der Partei" und verriet dadurch die rein bürokratischen Ziele von Scharf und Krones. Ferner hat sich die Zeitung nicht klar von der Stalinpartei abgegrenzt; das Verhältnis zum Stalinismus ist eine Frage, auf die Scharf-Krones noch die Antwort schuldig sind! Diese Zielsetzung des "Kämpfer" bedeutet daher, daß Scharf die Rolle eines österreichischen Fierlingers zu übernehmen bereit ist. Die Hauptlosung einer ehrlichen proletarischen Opposition kann nämlich nie "Eroberung (oder Zerstörung) der SP!", sondern sie muß "Kampf der Bourgeoisie!" lauten! Nicht die opportunistische Bürokratie, die Bourgeoisie ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse!

Während des Schuharbeiterstreiks hat sich der "Kämpfer" auf eine einfache Reportage und auf einen sauren Witz beschränkt. Trotz der schweren Differenzen mit dem Parteivorstand brachte er nicht ein Wort der Kritik an dessen verräterischem Verhalten hervor. Der Gruppe muß es klar sein oder werden, daß sie unmittelbar vor der Entscheidung steht: Entweder Koalitionspolitik oder Klassenkampf! Eine dritte Lösung gibt es hier nicht, denn der Weg zur Stalinpartei bedeutet nur die Annahme einer anderen Form des Verrates am Proletariat.

In der eingangs zitierten Erklärung wird der Gruppe vorgeworfen, die Grundsätze der geistigen Unabhängigkeit und organisatorischen Selbständigkeit der SP verraten zu haben. Die Ablehnung des Stalinismus war - neben einer zu großen Nachgiebigkeit gegenüber der Parteibürokratie - sicherlich dafür maßgebend, daß diese Erklärung auch von einigen, die bisher als "Linke" galten, unterschrieben wurde. Indessen ist es mit der Unabhängigkeit der SPÖ nicht so weit her: Die Spekulation der Pollak, Schärf & Co. auf die Außenpolitik der "britischen Arbeiterregierung" wird ja kaum verhohlen!

Der "Kämpfer" wurde Ende Mai im Zusammenhang mit jener Erklärung vom Parteivorstand unterdrückt. Die hinter ihm stehenden Elemente, mit Scharf an der Spitze, sind unmittelbar vom Ausschluß bedroht. Die führende Bürokraten-Clique kann sich ja dabei auf die

lebendigen Erfahrungen, die die Arbeiter tagtäglich mit der "Volksdemokratie" machen (sowjetisches Besatzungsregime, erbärmliche Politik ihrer "KPÖ"-Agenten, Nachrichten aus Ungarn und der CSR) stützen!

Es wäre aber ein sehr schwerer Fehler, anzunehmen, daß es sich bei der Gruppe "Kämpfer" nur um Bürokraten oder Bürokraten-Anwärter handelt. In ihr gibt es ausgezeichnete, kampf- und opferwillige Proletarier, die keinerlei Illusionen über den Stalinismus haben, die aber von der Katastrophenpolitik der SP abgestoßen werden und noch keinen richtigen Ausweg sehen. Die führende Bürokraten-Clique will nach der Methode "Haltet den Dieb!" neben dem Ausschluß einiger Krypto-Stalinisten auch eine gesunde proletarische Opposition niederschlagen! Das dürfen insbesondere die beiden anderen Gruppierungen nicht übersehen. Ein Schlag gegen die ehrlichen Arbeiter der Gruppe "Kämpfer" würde ein Schlag gegen alle oppositionellen SP-Arbeiter sein! SJ und Studenten und alle vorgeschrittenen Arbeiter in der SP müssen scharf und Kronen in ihrem Kampf gegen die Rechten unterstützen und gleichzeitig zwingen, offen Stellung zum Stalinismus zu beziehen!

Vorwärts zur Linksopposition der SPÖ!

Die Orientierung auf den anti-kapitalistischen Kampf der Arbeiterklasse und die Stellung zur Koalitionspolitik ist das wichtigste Merkmal einer revolutionären Opposition. Auch für die SPÖ-"Linken" gibt es daher nur eine Wahl: Entweder konsequenter Kampf für das Proletariat oder Kapitulation vor der verräterischen Parteibürokratie, was hier einer Kapitulation vor der Bourgeoisie gleichkäme. Grundsätzliche Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, außerparlamentarischer Kampf des Proletariats, Kampf gegen den Einbau der SPÖ in das labouristische oder stalinistische außenpolitische Konzept - das ist der Weg, den sie einschlagen müssen. Nur bei einem kämpferischen Einsatz für die Interessen der Arbeiterklasse und bei einer eindeutig-ablehnenden Praxis gegenüber dem Stalinismus können sie auf eine revolutionäre Zukunft und auf die solide Unterstützung durch die wachsenden oppositionellen Kräfte in ihrer Partei rechnen.

Die fortgeschrittenen Arbeiter und alle ernstlich den Weg nach links suchenden Gruppierungen innerhalb der SP müssen sich zum Kampf für die unmittelbaren Interessen des Proletariats zusammenschließen. Die unmittelbarsten Sorgen der Arbeiter sind heute die Verteidigung ihrer Existenzbedingungen gegen die Bourgeoisie und die Verteidigung ihrer demokratischen Freiheiten. Nur dann, wenn es den "linken" Gruppierungen gelingt, sich eine Basis in der Arbeiterschaft und besonders in der Jugend zu schaffen, nur dann wird es ihnen gelingen, die reaktionäre SP-Führung zu zwingen, für gewisse Teilinteressen der Arbeiter einzutreten. Die SP-Führung wird dies nur tun, wenn sie unter stärkstem Druck der Arbeiter steht, wenn sie Gefahr läuft, ihren Arbeiteranhang zu verlieren. Um dies zu erreichen, müssen alle ernstlich nach links strebenden Elemente in der SP die Parteibürokratie zwingen, für ihre eigenen Programme zu kämpfen.

Die SP-Bürokraten reden gerne und viel von Demokratie. Die fortgeschrittenen Arbeiter müssen sie beim Worte nehmen und ihnen bei ihrer "demokratischen" Praxis auf die Finger klopfen. Sie müssen für die

breiteste Parteidemokratie innerhalb der SP, für die demokratische Wahl aller Funktionäre und Organe und für die jederzeitige Abberufbarkeit der Gewählten durch die Wähler;

sie müssen für die

breiteste Demokratie innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung
(Massenorganisationen, Gewerkschaften usw.);

sie müssen für die

Entfaltung des breitesten einheitlichen Kampfes der Massen
für die Wiederherstellung und Verteidigung der demokratischen
Rechte und Freiheiten

eintreten und kämpfen.

Diese Demokratie ist die unumgängliche Voraussetzung für die Schaffung der

Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Klassenkampf gegen die
Bourgeoisie;

für die Schaffung der

Kampfeinheitsfront der Arbeiter gegen die kapitalistische
Rauboffensive.

Diesen Kampf für Demokratie und Aktionseinheit müssen die fortgeschrittenen Arbeiter, die Jugend und die oppositionellen Gruppen in der SP mit der breitesten Propaganda für den

Sozialismus und den Internationalismus

verbinden.

Wenn die "Linken" in der SP in steter Verbindung mit der fortgeschrittenen Arbeiterschaft auf diesem vorgezeigten Weg, in diesem Geiste konsequent weitergehen, werden sie auch zum grundsätzlichen Bruch mit der Koalitionspolitik gelangen - und die Bahn für eine revolutionäre Arbeiterbewegung in Österreich freilegen. - 7.6.48.

=====

FÜR DIE EINHEITSFRONT DER KOLONIALMASSEN! IPS(4) - 9.3.48. - In einer

vor kurzem in Patna (Nord-indien) abgehaltenen Konferenz entschieden sich die Vertreter von zwölf indischen Linksparteien und anderen Arbeiter- und Bauernmassenorganisationen, eine Vereinigte Linksfront zu bilden. Die Konferenz veröffentlichte eine gemeinsame programmatische Erklärung, in der folgende Forderungen enthalten sind: Loslösung vom britischen Empire; Konfiskation aller britischen und ausländischen Kapitalsanlagen inklusive Banken, Versicherungsanstalten, Fabriken, Plantagen, Bergwerke usw; Aufhebung aller Unterdrückungsgesetze; Entlassung aller politischen Gefangenen; Recht der freien Rede, Presse und Vereinigung; Abschaffung der feudalen Ordnung (princely order); entschädigungslose Nationalisierung aller Schlüssel- und Grundindustrien und aller wichtigen nationalen Hilfsquellen. In der Erklärung heißt es weiter, daß der allindische Gewerkschaftskongreß (AITUC) die zentrale Gewerkschaft und daß eine einzige Bauern- und eine einzige Studentenorganisation geschaffen werden soll.

Der Vertreter der BLPI (Sektion der IV. Internationale), Ajit Roy, bestand darauf, daß jede der verbündeten Parteien das Recht hat, ihre Partner zu kritisieren; von der Kritik soll nur die gemeinsame Plattform der Einheitsfront ausgenommen bleiben. Außer der BLPI waren noch anwesend: die stalinistische Partei, die revolutionär-kommunistische Partei, die revolutionär-sozialistische Partei, der allindische Vorwärts-Block, die bolschewistische Partei und andere Organisationen. Die Sozialistische Partei Indiens fiel durch ihre Abwesenheit auf.

=====

DER KRIEG IN PALÄSTINA

VORBEMERKUNG DER REDAKTION: Der nachfolgende Artikel ist aus Briefen palästinensischer Genossen zusammengestellt. Wir haben keine grundlegenden Differenzen zu ihm und heben hervor, daß der Krieg in Palästina auf beiden Seiten reaktionär ist. Er unterscheidet sich von den Kriegen in Indonesien und Indochina vor allem dadurch, daß er nicht gegen den Imperialismus gerichtet ist. Er ist ein Krieg der jüdisch-zionistischen und der arabischen Ausbeuterklassen um das Recht auf Ausbeutung der palästinensischen Massen. Die Intervention der Imperialisten und die objektiv-revolutionären Auswirkungen dieses Krieges auf den allgemeinen arabischen Befreiungskampf im Nahen Osten und in Nordafrika komplizieren die Situation.

Letzten Endes kann diese widersprüchliche Lage nur durch die Entwicklung der Weltrevolution entschieden werden. Das Weltproletariat muß diesen Krieg boykottieren. In Europa und Amerika müssen die Arbeiter gegen jede Intervention, auch gegen eine Intervention der UNO, und für das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Juden und Araber in Palästina kämpfen. Um dem reaktionären Zionismus den Boden abzugraben, müssen sie jeden Antisemitismus bekämpfen und für freie Einwanderungsmöglichkeiten in alle Länder eintreten. Die in den DP-Lagern verkommenden und demoralisierten Juden müssen unter den für die übrigen Arbeiter geltenden Bedingungen in den Produktionsprozeß eingereicht werden.

Die Aufgabe der Internationalen Kommunisten ist es, in diesem Zusammenhang die Arbeiter über die Verbrechen der SP- und Stalinbürokratie aufzuklären. Die SP sanktioniert die Verbrechen der englischen "Arbeiter"-Regierung, die "im Namen des völkerbefreienden Sozialismus" und im Interesse ihrer imperialistischen Bourgeoisie den Sozialismus bei den kolonial und national unterdrückten Massen, den natürlichen Bundesgenossen der Weltarbeiterklasse in Mißkredit bringt. Die Stalinbürokratie bleibt ihr nichts schuldig und tut alles, um das Vertrauen der kolonial und national unterdrückten Massen in die SU vollends zu beseitigen. Für die Juden, Araber und für alle anderen hunderte Millionen unterdrückten Massen ist es gleich, ob ihr Selbstbestimmungsrecht mit sowjetischen oder mit imperialistischen Militärstiefeln zertreten wird, ob sowjetische oder imperialistische Diplomaten um Länder und Völker schachern.

+

In den Schlagzeilen aller Zeitungen scheinen nun fast täglich die Nachrichten über die Kampfhandlungen in Palästina auf. Dem Ausbruch der Feindseligkeiten war die Ausrufung eines Judenstaates durch die Zionisten vorangegangen. Das war das Signal für die Arabische Liga, die palästinensischen Araber zum bewaffneten Kampf dagegen aufzurufen. Diesen Schritt hatten sie schon vor langer Zeit angedroht. Sie versichern den Arabern Palästinas die Hilfe ihrer Nachbarländer und selbst den Einmarsch arabischer Truppen. Was uns zunächst an den Nachrichten der letzten Zeit auffällt, ist die Intensität der Kämpfe. Wir lesen von eingesetzten Minenwerfern und Panzern, von Flugzeugen. Wir hören von Städten, die von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten sind. Evakuierungen ganzer Stadtteile, militärische Operationen, an denen sich Tausende beteiligen, wir hören von Gefangenen, Kapitulationen, Waffenstillstandsbedingungen, von

Einstellung der Arbeit in den größten Ölraffinerien und daß britische Marinetruppen einen Teil des Hafens besetzt halten, für alle Fälle. Unnötig zu erwähnen, daß beide Teile die ganze Bevölkerung mobil gemacht haben, bei den Juden auch den größten Teil der Frauen. Daraus ergibt sich das Bild, daß wir es mit einem bedeutend höheren Stadium von Kämpfen zu tun haben, als es vor 10 Jahren in den letzten Unruhen der Fall war, wo es zu keinen offenen Feldschlachten kam, sondern nur zu Partisanenkämpfen in den arabischen Bergen, nicht aber oder in geringerem Maße in gemischten Gegenden, wo sich die Unruhen nur in Terrorakten äußerten. Was sind die Hintergründe des jetzigen Bürgerkrieges?

Weltpolitische Hintergründe

Der bewaffnete Kampf der Araber kann - zumindest im jetzigen Stadium - nicht als Kolonialaufstand im üblichen Sinne bewertet werden. Sonst hätten die Imperialisten ohne Zweifel zusammengearbeitet wie in Indonesien, Indochina und sonstwo. Auch die von den Engländern aufgezugene "Arabische Liga" hätte nie gegen den Willen ihrer Herren derartige militärische Beschlüsse gefaßt.

Es handelt sich hier um die imperialistischen Gegensätze zwischen England und den USA. Englands Palästinamandat lief am 16. Mai ab. Ägypten wurde nach dem erzwungenen Abzug seines englischen Schuldners faktisch amerikanischer Stützpunkt, ebenso nehmen die USA bedeutenden Einfluß auf Saudi-Arabien mittels ihrer imperialistischen Ölpolitik und jetzt will England nicht auch noch Palästina preisgeben. Denn erstens stellen Palästinas Petrolleitungen und Raffinerien eines der Hauptschlagadern des Empire dar, zweitens ist Palästina strategischer Stützpunkt für den Suezkanal, der ihnen nach dem Verlust Ägyptens verblieben ist und dient auch als Landbrücke nach Indien. Es fällt England schwer, sich auf das zuletzt verbleibende unabhängige Transjordanien zurückzuziehen, das als winziges Ländchen, industriell gleich null entwickelt, nicht am Meer liegend und dünn besiedelt, ihnen bei weitem keinen Ersatz für Palästina bieten kann.

Der USA-Imperialismus wiederum hält seine jüdische Karte im Spiel bereit, wenn er auch nicht allzu offen auftreten will, um seine arabischen Partner im Petroleum-Business nicht zu verstimmen. Doch bezeichnend sind die Waffen, die er in großen Kisten per Schiff den Zionisten sendet und die Legalität, die die terroristenfreundliche, unter Führung Prof. Bergsons stehende "Liga für ein freies Palästina" in den USA genießt. Die Terroristen ihrerseits sichern den Amerikanern ökonomische und strategische Schlüsselpositionen zu gegen Anerkennung eines "unabhängigen" Judenstaates, natürlich unter ihrer Hegemonie. Übrigens hatte ein Flügel der Terroristen (die "Sterngruppe") vor dem Krieg ein ähnliches formelles Abkommen mit dem italienischen Faschismus, der sie auch in Italien militärisch schulte.

Die britische Hand in diesem blutigen Spiele zeigt sich in der Öffnung arabischer Werbebüros für englische Freiwillige (es wurden schon im Kriege mit Vorbedacht viele Mosleyfaschisten, nazifreundliche und kriminelle Elemente mit den britischen Truppen nach Palästina gebracht. Palästina stellt das richtige Übungsfeld für solche "Baltikumtruppen" dar, für die die britische Bourgeoisie vielleicht einmal in der Heimat Verwendung finden wird). Aber auch anfangs vorurteilslose und sympathisierende Soldaten wurden antijüdisch eingestellt durch die reaktionären Repressalien der Terroristen gegen gewöhnliche englische Soldaten, die oft wahllos aus dem Hinterhalt abgeknallt wurden. Ferner hatten die britischen Administrationen schon Monate vorher Waffen an die Dorfältesten ausgegeben, wie auch das Vorhandensein britischer Instruktoren sicher anzunehmen ist. Ebenso

war der verbrecherische Bombenanschlag auf das jüdische Geschäftsviertel Jerusalems das Werk der CID (britischer Geheimdienst). Mit dieser abscheulichen Provokation, die Blut und Leben hunderter unschuldiger jüdischer Zivilisten kostete, wollten sich die Engländer an die von ihnen tausendmal betrogenen Araber wieder heranschnieren. Die "primitiven" Araber haben sich übrigens sofort öffentlich von dieser Greuelthat der "westlichen Zivilisierten" "Arbeiter"regierung abgegrenzt. Die englischen Vertreter des "gewaltlosen Sozialismus" haben Pech. Schon unter der Herrschaft der ersten "Arbeiter"regierung Macdonalds haben sie die aufständischen Inder mit Flugzeugen bombardiert, wie es später die italienischen "faschistischen" Imperialisten in Abessinien taten. Was macht man nicht alles für den "gewaltlosen Sozialismus" - im Mutterland

Das imperialistische England läßt jetzt den Zionismus fallen, den es bisher großgezogen hatte (seinerzeit hat es sich in der Balfour-Deklaration feierlich dazu verpflichtet), und spielt seinen arabischen Trumpf gegen die USA aus - dieselben Araber, die es noch wenige Jahre zuvor mit zionistischer Hilfe blutig niedergeschlagen hatte.

Sie bedienen sich hierbei der von ihnen aufgezogenen "Arabischen Liga" und deren Parole: Arabische Einheit unter einem arabischen Herrscherhaus. Dabei treffen sie zwei Fliegen auf einen Schlag: erstens den imperialistischen Konkurrenten USA und auch die seit kurzem prozionistische SU - zweitens ist der Wettlauf der verschiedenen arabischen Fürstentümer um eine Krone von Englands Gnaden und damit auch der führenden Rolle in solch einer arabischen Föderation der Zaum, womit er die arabischen Fürsten am Wagen des britischen Empire geschnürt hält. Zur Illustration die letzten Berichte vom Einmarsch "ägyptischer" Truppen: England verläßt Palästina von der einen Tür, von der anderen Tür kommen "unabhängige" (britische Waffen, britische Kommandeure, britische Militärpakte usw.) ägyptische und transjordanische Truppen herein.

Dieser arabisch-jüdische Partnerwechsel des britischen Imperialismus zeigt vor allem, daß er nie prozionistisch oder proarabisch war, sondern nur pro-britisch. Zweitens: Daß der sinkende britische Imperialismus nicht gewillt ist, seine Positionen kampflos aufzugeben. "Ich will nicht bei einer Aufteilung des Empire den Vor-sitz führen", erklärte Churchill, und wie in der ganzen Außenpolitik erweist sich der "Sozialist" Bevin als sein treuester Schüler.

Es sei nur kurz festgestellt, daß jede arabische Blockbildung, unter welcher imperialistischen Hegemonie auch immer, früher oder später ihre Spitze gegen die SU kehren muß. Eine solche historisch verspätete Einigung hat nichts Fortschrittliches als Rahmen an sich ohne dessen Inhalt: Agrarrevolution, Industrialisierung, Vertreibung der Imperialisten. Auch in den Kolonien ist heute jeder historische Fortschritt, auch nur bürgerlich-demokratischen Inhalts, unlösbar mit der Weltrevolution verknüpft.

So werden - wie schon oft - die imperialistischen Gegensätze auf dem Rücken und mit dem Blut der werktätigen Massen verschiedener Völker ausgegossen. Die imperialistischen Banditen werden sich längst handelseins geworden sein; aber der von ihnen gesäte Haß zwischen Juden und Arabern wird Generationen überdauern und die Imperialisten werden darüber wieder Krokodilstränen vergießen und als Vermittler auftreten! Teile und herrsche!

oo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo
 ooo

Spendet für den KAMPFFOND!

Der Boden, auf dem diese Gegensätze ausgetragen werden

Daß der Kampf solche Kräfte entfesselt hat, die dann die feindlichen Imperialisten gegeneinander ausspielen, findet seine Erklärung nur in den inneren Bedingungen des Landes selbst. Wir wollen im Rahmen dieses Artikels nur kurz den Grund für die Haltung der Führung der palästinensisch-arabischen Nationalbewegung auseinandersetzen, die die feudale Familie der Hussaini unumschränkt beherrscht. Sie sehnt sich nach nichts mehr, als dem Imperialismus dienen zu können. Das erwähnt sie immer wieder in ihren Dokumenten, zuletzt in ihrer Zeugenaussage vor der 13. (ja, 13.!) englischen Palästinakommission. Der Grund für ihre Benachteiligung gegenüber der jüdischen Bourgeoisie ist ihre indirekte Schwäche, ihre Unzuverlässigkeit als stabiler Bundesgenosse. Sie könne nämlich ihre führende Stellung in der Nationalbewegung nur halten, indem sie von Zeit zu Zeit dem Druck der darbenden Massen nachgibt. Die feudale Partei des Mufti war die alleinführende in den letzten Unruhen, ihre Führer wurden hingerichtet oder verbannt, soweit sie nicht entkamen wie der Mufti selbst und sein enger Kreis, die bei den Nazis gastfreundliche Aufnahme fanden. Sie stellten eine arabische Legion auf und sprachen täglich in arabischen Sendungen vom Sender Bari an die Massen (für die "Achse", versteht sich).

Der britische Imperialismus verließ sich mehr auf die Zionisten, die so sklavisch an ihn gekettet waren, daß sie ihm trotz aller seiner Tritte (Einwanderungssperre, Verbot von Bodenkäufen usw) immer wieder die Stiefel leckten. Die Mufti-Partei wurde erst nach Beendigung des Krieges einigermaßen legal.

Zu einer unabhängigen "nationalen" Politik gegen den Imperialismus sind sie heutzutage als verspätete Bourgeoisie dem mächtigen internationalen Finanzkapital gegenüber viel zu schwach und nicht mehr imstande, ihre eigenen historischen Aufgaben zu erfüllen und eine nur einigermaßen unabhängige Rolle von den Feudalen zu spielen, nämlich die Vereinigung der vom Imperialismus zerstückelten arabischen Länder zu einer ökonomischen und nationalen Einheit, Entwicklung einer Industrie, Agrarrevolution, Zerstörung aller feudalen Überreste. Die Gründe sind dreierlei.

1. Ist die arabische Bourgeoisie selbst verfilzt mit dem arabischen Feudalbesitz, sie würde sich also bei einer Agrarumwälzung auch ins eigene Fleisch schneiden.

2. Die arabische Bourgeoisie hat Angst vor den eigenen Massen, daß diese, einmal in Bewegung geraten, nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern das Eigentum als solches bedrohen würden.

3. Ist sie vom internationalen Finanzkapital vollkommen abhängig (viel abhängiger als Indien, Ägypten, China), sie fürchtet den Ast abzusägen, auf dem sie sitzt.

Die Unruhen, mit deren Anfang sie reichlich lang gezögert haben, sind demnach nur ihr letztes Druckmittel gegen den Imperialismus, der das schon bestehende ökonomische Übergewicht der zionistischen Industrie auch noch politisch anerkennen will durch Zuerkennung der staatlichen Selbständigkeit an die Zionisten.

Im Lager des Zionismus

Der reaktionäre pogromistische Charakter der jetzigen Unruhen schließt schon von vornherein eine Differenzierung des jüdischen Lagers in der Stellung zu diesen Kämpfen aus. Es ist eine durch das Gebot der Selbsterhaltung diktierte Einhelligkeit, die jeden Juden, auch den Nichtzionisten heute zur Waffe greifen läßt. Doch auch einer echten anti-imperialistischen Erhebung, getragen von den Massen darbender Fellachen, arabischer Proletarier und Handwerker

hätten sich die jüdischen Einwohner entgegengestellt: Die innere Lage hatte sich zu keiner ökonomischen und erst recht nicht zu einer politischen Krise des Zionismus ausgereift. Die Arbeitslosigkeit war relativ gering, konnte noch mit den Schwierigkeiten der Umstellung auf eine Friedenswirtschaft bemäntelt werden; die Auswanderungsmöglichkeiten nach den hungrigen oder stalinisierten Herkunftsländern nicht verlockend, nach Übersee faktisch gesperrt; die Geldzufuhr an die nationalen Fonds, die die Defizite der zionistischen Wirtschaft in guten Dollars decken, war nicht zurückgegangen; eine sozialistische Alternative zur Lösung der Judenfrage und endgültigen Zerschlagung des faschistischen Antisemitismus zeigte sich in keinem Land erkennbar, umgekehrt eher Tendenzen zu seiner Wiedererstarkung.

Unter dem Druck der Ereignisse haben sich innerhalb des Zionismus tiefe Veränderungen vollzogen, die in der Vereinigung der "Haganah" mit dem "Irgun" ihren klarsten Ausdruck finden. Die traditionelle britische Orientierung des Zionismus beruhte auf seiner absoluten Abhängigkeit von den englischen Banken, die das ganze zionistische Wirtschaftsleben vollkommen beherrschten. Beim letzten Zionistenkongreß fiel nun der Repräsentant der pro-britischen Richtung, Prof. Weizmann, durch, und ein Vertreter des amerikanischen Zionismus trat an seine Stelle. Es liegt auf der Hand, daß den politischen Vorschlägen der amerikanischen Zionisten die Interessen ihres (nämlich des amerikanischen) Kapitals zugrundeliegen. Die starke Dynamik der Terroristen, die die "Revision des traditionellen Zionismus" und den "Sturz der morschen Parteien" verlangen, ist nichts anderes als der politische Exponent dieser mächtigen amerikanischen Kapitalsinteressen. Die amerikanisch-"zionistische" Politik fügt sich harmonisch in die allgemeinen amerikanischen Expansions-tendenzen im Mittelosten. Die amerikanischen Zionisten sind wie wir sehen mehr "amerikanisch" als "Zionisten". Das Hemd ist ihnen näher als der Rock.

In diesem kritischen Moment für den Zionismus tritt die ökonomische Bindung an England in den Hintergrund gegenüber den politischen Grundfragen, die seine künftige Existenz auf des Messers Schneide stellen. Da England jetzt seinen Trumpf als Protektor der arabischen Einheit gegen einen zionistischen Staat ausspielt, gewannen die anti-britischen oder "anti-imperialistischen" Kräfte im Zionismus die Oberhand, was zur Vereinigung der unter Führung des pro-britischen offiziellen Zentrums stehenden "Haganah" mit dem "Irgun" führt.

Die künftige innere Entwicklung im jüdischen Sektor Palästinas hängt, wie in allen Kriegen, vollkommen vom militärischen Ausgang dieses Kampfes ab. Dieser ist sehr ungewiß, da die interessierten Mächte England und USA, nachdem sie die Werkzeuge ihrer Politik in Tätigkeit gesetzt haben, sich selbst im Hintergrund halten, um beim Scheitern ihrer Politik frei manövrieren zu können. Sie beeinflussen jetzt die Lage durch Waffenlieferungen, Entsendung militärischer Fachleute und auf diplomatischem Wege.

Bei einem Sichdurchsetzen des Judenstaates würden die in einem früheren Artikel analysierten zionistischen Ausbreitungstendenzen sich voll entfalten, den faschistischen Terroristen einen mächtigen Auftrieb geben durch das in diesen Kämpfen erworbene Prestige als nationale Stoßtruppen. Ebenso die "Haganah", die sich in eine offizielle Armee verwandeln würde. Das gesamte öffentliche Leben würde noch mehr als bisher militarisiert werden. Die Terroristen haben seinerzeit ihre Karriere als faschistische Streikbrecher begonnen, ihre unermeßlich gestiegene Macht würde sich unvermeidlich wieder nach innen wenden, die Gewerkschaften in zionistisch-staatliche Organisationen verwandeln, wozu schon bis jetzt reichliche Ansätze vorhanden waren. Noch mehr "nationale Opfer" für den Wiederaufbau, noch mehr "nationale Disziplin", noch mehr Angleichung ans arabische Kuliniveau,

chauvinistische Verdummung der Jugend, jüdische Pfaffenherrschaft, Verfolgung von Internationalisten - und vor allem Vorbereitung auf die "Revanche" gegen den "Erbfeind", das würde das Bild des neuen Staates sein.

Nach außenhin mögen die Zionisten noch so viel Erfolge aufweisen, zwei Dinge werden ihre Marktschreierei Lügen strafen. - 1. Mit einer Massenauswanderung ist zu rechnen, da es die Mehrheit vorziehen wird, nicht ewig auf einem Vulkan zu sitzen; - 2. die kleine Wirtschaft ohne Rohstoffe wird den Massen auf die Dauer keine Existenz gewähren, erst recht nach den Verheerungen des Bürgerkrieges. Mit grausamen Anfangsakkumulationen wird der Aufbau von Neuem beginnen, eine physische und soziale Ausbeutung, unvorstellbar in Europa und selbst für die jetzige Arbeitergeneration Palästinas, die glaubte, diese "heroische Zeit" längst hinter sich zu haben, wird beginnen. Damit wird der zionistische Mythos (den auch die zionistischen "Marxisten" teilen), widerlegt werden, daß Einwanderung (also Zustrom von Arbeitskräften) das Rezept gegen jede Krise sei und daß das Aufnahmepotential Palästinas durch den nationalen Enthusiasmus bestimmt werde.

Eine militärischen Niederlage des Zionismus wird natürlich zwangsläufig eine Massenabwanderung nach sich ziehen. Die Zurückbleibenden werden, eingeblüt durch Erfahrungen, nationale Minderheitsrechte schätzen lernen und allmählich zur Einsicht gelangen, daß sie doch gemeinsame Interessen mit den arabischen Arbeitern und Bauern haben. Letztere dürften auch früh aus ihrem nationalen Siegestaumel erwachen und klarer als bisher erkennen, daß sie nach "ihrem" Sieg die eigenen "nationalen" Blutsauger noch mehr im Nacken sitzen haben als bisher, auch ohne zionistische Bedrohung. Ihr Elend durch Zerstörung ihrer Behausungen wird unvorstellbar sein, ihr Kulileben noch drückender gestalten. Auch das wird sich bei entsprechenden Bedingungen radikalierend auswirken.

Perspektiven

Gibt es nun Aussichten, daß trotz imperialistischer Intrigen, reaktionärer feudal-dynastischer Pläne der Führung, trotz Chauvinismus und religiösem Fanatismus auf arabischer und jüdischer Seite sich im Verlauf der Ereignisse fortschrittliche, revolutionäre Kräfte Bahn brechen? In den Augen der arabischen Massen ist es ein Kampf für die Freiheit. Ihre eigenen Ausbeuter hatten sich immer auf den Zionismus ausgeredet. Der Zionismus ist für sie auch ein verlängert Hebel des britischen Imperialismus gewesen.

Alles hängt davon ab, ob die Bewegung, in die die Massen geraten sind, soziale Wurzeln schlägt. Die feudale Führung hat ihnen nichts Realeres zu bieten als religiösen Fanatismus, Pogrome, Plünderungen, Opfer und ein vierfarbiges Stück Tuch. Diese ihre Führer, die selbst die größten Grundbesitzer sind, zu enteignen, das wären die ersten Schritte auf dem Wege zur Befreiung vom Einfluß der jetzigen Führung und damit zu ihrer eigenen Befreiung. Palästina war bisher immer ein Glied in der Kette der übrigen arabischen Länder. Agrarrevolution, deren Ausbreitung, Bündnis mit dem arabischen Proletariat der Städte; Aufhebung der zionistischen Privilegien auf die palästinensischen Industrie; Sicherung von deren Minderheitsrechten; Entwaffnung der nationalistischen Elemente auf beiden Seiten und deren Ersetzung durch gemischte jüdisch-arabische Milizen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Appell an die Arbeiterschaft Alexandriens, Kairos, Beiruts, Damaskus' - das wären notwendige Etappen auf dem Wege zur Agrarrevolution. Zerschlagung des zionistischen Monopols - Vereinigung der arabischen Länder - Vertreibung der Imperialisten. Diese

Kernpunkte sind unlöslich miteinander verknüpft.

Wir wissen, daß auch hier wie überall, der Schlüssel bei den revolutionären Kadern liegt. Sie sind wenige und stellen keinen politischen Faktor dar; unsere palästinensischen Genossen, sowohl die jüdischen als auch die arabischen, können ihre Pflicht nur unter größter Lebensgefahr erfüllen. Doch sind wir sicher, daß sie alles tun, was nur möglich ist. Die arabischen Massen - einmal in Schwung, sind viel spontaner als Europäer und handeln auch ohne große Organisationen. Ihr revolutionärer Kampf wäre das einzig Sinnvolle in diesem bis jetzt so sinnlosen nationalen Gemetzel. - 2.6.48.

STREIFLICHTER:

PRAKTISCHER INTERNATIONALISMUS IPS(4), 23.2. und 9.3.48 - Mitte
Feber begann in Indonesien ein Putsch gegen siebzehn "Extremisten", die an dem fehlgeschlagenen Staatsstreich vom 26.7.47 teilgenommen haben. Dessen Höhepunkt bildete bekanntlich die Entführung des damaligen Ministerpräsidenten Sutan Sjahrir. AFP fügt diesem Bericht hinzu, daß der "kommunistische Führer mit trotzkistischer Tendenz" Tan Malakka, der den Putsch geleitet haben soll, nicht vor das Gericht gestellt, sondern im Gefängnis von Djokjakarta verurteilt werden wird.

Tan Malakka ist ein bevollmächtigter Führer der indonesischen Arbeiter und Bauern - und das ist der Grund, weshalb er von der gegenwärtigen reaktionären indonesisch-republikanischen Regierung Mohamed Hata's verfolgt wird. Dabei wagt es die indonesische Bourgeoisie nicht, ihn vor ein öffentliches Gericht zu stellen. Diese koloniale Bourgeoisie versucht alles, um im Verein mit dem holländischen Imperialismus eine neue Erhebung der indonesischen Massen von vornherein zu verhindern. Im imperialistischen Mutterland aber tut einzig die revolutionäre Partei ihre Pflicht: die RCP (Sektion der IV. Internationale) protestierte am 25.2.48 öffentlich gegen diese Willkür und stellt sich damit bedingungslos auf die Seite der unterdrückten Kolonialmassen. (P.S. Es wäre nicht auszudenken, was geschähe, wenn die "im Besitz der vollen Macht" befindliche Labour Party dieses Beispiel nachahmt!)

DIE SPÖ UND DER BÜRGERKRIEG IN GRIECHENLAND Die "AZ" vom 22.Mai bringt einen Abdruck aus der "Sozialistischen Welt", der offiziellen Zeitschrift der Internationalen Sozialistischen Kommission über die SP Griechenlands und ihre Rolle im gegenwärtigen Bürgerkrieg. In diesem Artikel wird aufgezeigt, daß sich die Terrorismethoden der offenen Konterrevolution ebenso gegen die SP richten wie gegen die Stalinpartei. "Die griechische Konterrevolution richtet sich mit der gleichen Wut gegen Sozialisten und andere fortschrittliche Elemente, wie gegen die gesamte Arbeiterklasse." Eine Frage nur: Ist das der SPÖ erst seit heute bekannt? Was hat sie getan, um den Kampf ihrer eigenen Genossen zu unterstützen? Warum ruft sie die Massen nicht auf, um gegen den Terror der griechischen Monarchisten zu protestieren? Warum wirkt sie nicht auf den Boykott Griechenlands und auf die Bestreikung der griechischen Häfen hin, um Waffenlieferungen usw. zu verhindern?

Erst der ÖGB-Kongreß hat sich zu einer lendenlahmen Resolution aufgeschwungen, der natürlich keinerlei Taten folgen. Aber der Grund ist klar: die griechische SP war, wie aus dem abgedruckten Artikel hervorgeht, zu "ihrem Bedauern" gezwungen, gegen die Bevin-Politik in Griechenland Stellung zu nehmen. Und die SPÖ schwindelt doch den Arbeitern etwas vor von "sozialistischer" Regierung in England und von der "dritten Kraft", deren Außenpolitik, wie O.Pollak unlängst in der "AZ" wehmütig feststellen mußte, Bevin nicht macht. Nun und da zieht die SPÖ es vor, sich auszuschweigen, gegen die Hinrichtungen ihrer eigenen Genossen kein Wort des Protestes zu wagen, Hinrichtungen, die Bevin letzten Endes auf dem Gewissen hat! Daher das Schweigen der SPÖ! Lieber Verrat am griechischen Proletariat, Verrat an den eigenen Genossen, als zum Kampf gegen die griechischen Henker aufzurufen und die Kraft des internationalen Proletariats einzusetzen!

=====
Wir haben die grundlegende marxistische Konzeption über
die heutige Sowjetunion und den Stalinismus,

"DIE VERRATENE REVOLUTION"

von Leo Trotzki

herausgegeben.

=====